

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (21. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sellin, Dr. Knabe, Frau Hensel und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

— Drucksache 11/3661 —

Einrichtung eines Umwelt-Swing und Umwelt-Fonds zur Minderung grenzüberschreitender Emissionen durch DDR-Kraftwerke

A. Problem

Der Antrag nimmt die grenzüberschreitenden Emissionen von Luftschadstoffen zum Anlaß, die Einrichtung eines Umwelt-Swing und eines Umwelt-Fonds zu fordern; beide Instrumente sollen einander ergänzen und es der DDR ermöglichen, durch kurzfristig realisierbare Maßnahmen zur Luftreinhaltung im Bereich der innerdeutschen Grenze bzw. durch die Erneuerung ihrer energie-technischen Anlagen die Umwelt möglichst rasch zu entlasten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags: Der Ausschuß sah den Antrag als durch die gegenwärtige Situation in der DDR überholt an.

Die Bundesregierung fördert eine Anzahl konkreter Umweltvorhaben in der DDR.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Antrag sieht für den Umwelt-Fonds ein Finanzvolumen von 2 Mrd. DM vor, die Kosten des dynamisch auszustaltenden Umwelt-Swing sind nicht quantifiziert. Sie sollten sich nach dem Volumen der Modernisierungsprojekte zur durchgreifenden, energetischen Rationalisierung und Emissionsminderung in der DDR richten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 11/3661 — abzulehnen.

Bonn, den 13. Dezember 1989

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Göhner	Harries	Stahl (Kempen)	Dr. Knabe
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Harries, Stahl (Kempen) und Dr. Knabe**I.**

Die Vorlage wurde in der 122. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Januar 1989 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 8. März 1989 mit dem Antrag befaßt; mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD, bei einer Enthaltung eines Mitglieds der Fraktion der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN hat er empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 15. März 1989 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen des anwesenden Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Finanzausschuß, der in seiner Sitzung am 15. März 1989 den Antrag beraten hat, hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat in seiner Sitzung am 19. April 1989 die Vorlage beraten und ihre Ablehnung gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN empfohlen. In der Aussprache befürworteten die den Antrag ablehnenden Fraktionen die Minderung grenzüberschreitender Emissionen; sie brachten aber zum Ausdruck, daß eine Festlegung der Bundesregierung, wie sie der Antrag anstrebe, angesichts der innerdeutschen Verhandlungslage nicht angeraten erscheine.

II.

Der Antrag richtet an die Bundesregierung zwei Forderungen:

Zum einen soll nach dem Vorbild des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinbarten zinslosen Kreditrahmens („Swing“) der DDR ein verwendungsgebundener zusätzlicher Kreditrahmen eingeräumt werden. Dieser dynamisch ausgestaltete Umwelt-Swing soll der DDR dazu dienen, mit Hilfe zinsfreier Kredite Energieanlagen zu modernisieren und insbesondere die Entschwefelung und Entstickung der Kraftwerke anzugehen.

Die Einrichtung eines Umwelt-Fonds in Form von Zuschüssen soll schließlich der DDR die Modernisierung

der Kraftwerke und deren Ausrüstung mit Rauchgasreinigungsanlagen und Entstickungsanlagen ermöglichen. Dieses Instrument, mit einem Finanzvolumen von 2 Mrd. DM auszustatten, soll insbesondere zur Verminderung der Schadstoffemissionen eingesetzt werden, die die Luft im Raume Berlin und im Bereich der innerdeutschen Grenze erheblich belasten.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 10. Mai 1989 und in seiner 69. Sitzung am 13. Dezember 1989 beraten.

Am 13. Dezember 1989 stand die Beratung der Vorlage in einem engen Zusammenhang mit einem Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Stand und zur Entwicklung der umweltpolitischen Zusammenarbeit mit der DDR.

Die Fraktion DIE GRÜNEN bezeichnete die Vorlage auch angesichts der politischen Entwicklung in der DDR als aktuell.

Ein Umwelt-Fonds sei gegenüber einem Kredit zu bevorzugen, als der Fonds Mittel freisetzen könne, ohne daß jedes einzelne Projekt bewilligt werden müsse. Die DDR habe auch nach wie vor Bedarf für einen Umwelt-Swing, der nach Vorstellungen der Fraktion mit einem Finanzbedarf von 2 Mrd. DM ausgestattet werden sollte; auf längere Sicht sei der Finanzbedarf größer.

Die Koalitionsfraktionen kennzeichneten die Beschreibung der Umweltsituation der DDR durch den Antrag als richtig. Der Antrag selbst sei infolge der gegenwärtigen Entwicklung in der DDR überholt.

Wie aus dem heutigen Bericht des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hervorgegangen sei, sei in der jüngeren Vergangenheit eine Anzahl von Umweltprojekten in der DDR gefördert worden; eine erhebliche Zahl von weiteren konkreten Projekten werde derzeit von der Bundesregierung im Hinblick auf eine Förderung überprüft. Schließlich förderten auch die Bundesländer bestimmte Umweltschutz-Vorhaben in der DDR, insbesondere im Bereich des Gewässerschutzes.

Beim Energieverbrauch liege die DDR global an dritter Stelle; dies belege die Ineffizienz der in der DDR betriebenen Anlagen. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN würde letztlich zu höherem Energieverbrauch und damit zu erhöhter Luftverschmutzung führen, da die entscheidende Frage des Technologieträgers unberührt bleibe. Ziel müsse sein, jedes kon-

krete Projekt auf eine mögliche Bezuschussung zu überprüfen. Schließlich müsse daran erinnert werden, daß die DDR die für bestimmte Projekte in der Vergangenheit bereitgestellten Mittel nur sehr zögerlich abgerufen habe. Die Fraktion DIE GRÜNEN widersprachen dieser Einschätzung, denn es seien gerade Maßnahmen zur Energieeinsparung und Emissionsminderung vorgesehen.

Die Fraktion der SPD kritisierte insbesondere die dynamisch ausgestaltete Tendenz des Umwelt-Swing. Schließlich gewährleiste der Antrag auch nicht, daß das Genfer Luftreinhalteabkommen von der DDR eingehalten werde.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Bonn, den 13. Dezember 1989

Harries Stahl (Kempen) Dr. Knabe
Berichterstatter

